

# Wohl-Zeitungs

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Besteht an jedem Wochentag nachmittags. Die Tages-Erhöher des Blattes beträgt in Stadt und Land 500,00 Mark, durch die Post bei jeder Zustellung monatlich Mark 300,00, in die Postgebühren abgesehen. Die Abnehmer erhalten die abgesetzten Postgebühren-Mark 24,00, im auswärtsigen Bezugsfall Mark 30,00. Belaufen die Abnehmer-Mark 30,00 im Oktober und Mark 60,00 im auswärtsigen Bezugsfall. Insetzungen: Jede Zeile vorzuzug.

Geschäfts-Erhöher: Jede a. G., Neue Dramenstraße 1a und Große Poststraße 17. Fernsprecher-Sprechzentrale: Nummern 1140 und 1142. Druck-Verlag: Halle a. S., Große Poststraße 17. Druck-Verlag: Halle a. S., Große Poststraße 17. Druck-Verlag: Halle a. S., Große Poststraße 17. Druck-Verlag: Halle a. S., Große Poststraße 17.

# Abbruch der Londoner Verhandlungen.

Die deutschen Vorschläge abgelesen • Starke englischer Widerstand gegen Poincarés Einmarchforderung Belgischer Vorschlag auf „elastische Befestigung“ deutscher Gebiete • Die deutsche Industrie zur Reparationsfrage.

## Noch immer kein Hoffnungszeichen.

**London, 11. Dezember.** (Eig. Drahtmeldung.) Am 7 Uhr ebensowies folgendes Communiqué ausgegeben: „Die alliierten Ministerpräsidenten haben vorgestern den augenblicklichen Stand der Reparationsprobleme und auch die damit zusammenhängenden Fragen der interalliierten europäischen Schulden unterleuchtet. Ein Plan für eine Interimsvereinbarung bezüglich der Reparationen, der von dem belgischen Kanzler unterbreitet wurde, ist auch erörtert worden. Er wurde jedoch einstimmig für unbestriden erachtet. Es ist den alliierten Premierministern in der ihnen zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich gewesen, zu endgültigen Beschlüssen in den in Betracht kommenden bedeutenden Fragen zu gelangen. Unter diesen Umständen ist beschlossen worden, die Unterredung zwischen den alliierten Premierministern in Paris am 2. Januar fortzusetzen, um der Kommission in Brüssel zu ermöglichen, unmittelbar darauf zusammenzutreten und vor dem 15. Januar zu endgültigen Entscheidungen in den genannten, in London erörterten Fragen zu gelangen.“

**Berlin, 12. Dezember.** (Eig. Drahtmeldung.) Auf Grund der Beschlüsse der gestrigen englischen Kabinettsratung wird die belgische Regierung eine kurze Note übermittelt werden mit der Mitteilung, daß die Vorschläge des Reichsanstalters Cuno als ungenügend befunden wurden. Staatssekretär Bergmann und Hauptmann sind nach in London und werden zweifellos die Besprechungen zur Ermittlung eines genüglichen Angebotes fortsetzen.

## Ein belgischer Gegenvorschlag.

**London, 12. Dezember.** (Eig. Drahtmeldung.) Wie verlautet, haben die belgischen Vertreter den Vorschlag einer elastischen Befestigung gemacht, derart, daß die Alliierten weitere deutsche Gebiete belieben oder räumen, je nachdem Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen werde. Der belgische Vorschlag einer elastischen Befestigung ist von der französischen Delegation als ungenügend abgelehnt worden. Nach der gestrigen Beratung des Vorschlages Cuno erklärte Poincaré, er werde Effen und Bodum befestigen. Dies werde Zeit lassen, weitere Maßnahmen zu treffen. Nach dem Londoner Korrespondenten der Information hat Poincaré gestern aber französischen Pressevertretern gegenüber erklärt, daß infolge der großen Aufgaben, die noch zu lösen seien, wahrscheinlich eine weitere Zusammenkunft nötig sein dürfte. Die „Morning Post“ teilt mit, daß Poincaré am nächsten Donnerstag eine Erklärung über die Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten abgegeben werde. „Reuter“ meldet, die gegenwärtige Konferenz werde sich nur mit Grundfragen befassen, die Einzelheiten und technischen Fragen dagegen der Brüsseler Konferenz überlassen. Diese soll unversöhnlich zusammenzutreten.

## Der Einbruch in Paris.

**Paris, 12. Dezember.** (Eigene Drahtmeldung.) Die Brüsseler Mitter berichten zur Vertagung der Londoner Konferenz: Eine vermittelnde Linie zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt ist bisher nicht gefunden worden. Da aber ein Abbruch der Verhandlungen, der zugleich ein Bruch der Entente bedeuten würde, nach dem Wunsch der Alliierten vermieden werden soll, wird der Gedanke erwogen, die Verhandlungen vorläufig zu beenden und später in Paris wieder aufzunehmen. Der Londoner Korrespondent des „Times“ glaubt, daß Poincaré nun diese Frist beenden werde, um sich mit Lord Curzon zu besprechen. Der Reichsminister des „Antiquar“ ist der Meinung, daß im Falle einer Vertagung Poincaré wenigstens die zerrissene Raisonnote nach Paris mitnehmen werde, was immertags nicht zu vermeiden ist. Dieser Teilzeitig scheint von den anderen Alliierten nicht erwartet zu werden. Der „Times“ knüpft an die Unterbrechung der Verhandlungen das Verlangen, daß Frankreich sich sofort das Recht vorbehalte, nach eigenem Ermessen in Europa ein großes Unglück zu reparieren (!), wir müssen handeln, um die Lage in Deutschland zu reparieren (!), wir müssen handeln, um Frankreich vor dem Ruin zu schützen, denn Frankreich wird sich nicht ruinieren lassen. Das muß einmal gesagt werden und gelangt sein.“ Ueber die Tatsachen, die so ungenügend verlangt werden, sind die Meinungen der Zeitungen nicht einig.

**Paris, 12. Dezember.** (Eigene Drahtmeldung.) Man erwartet, daß Anfang Januar in Paris noch eine zweite Konferenz stattfinden werde. Die abgebrochene Londoner Ministerpräsidenten wird sich vermutlich über drei Tage erstrecken. Unmittelbar danach wird eine erste große Konferenz stattfinden, an der die belgischen Ministerpräsidenten teilnehmen sollen, also auch die belgischen Ministerpräsidenten und Japan. Man hofft, daß auch Amerika dabei vertreten sein wird und an den Verhandlungen teilnimmt. Diese zweite Konferenz wird sich mit dem allgemeinen Programm für die Regelung der gesamten Frage der Reparationen und der interalliierten Schulden zu befassen haben. Sie wird an die Stelle

der ursprünglich geplanten Brüsseler Konferenz treten. Wenn man in dieser zweiten Konferenz zu einer Einigung gelangt, so ist es möglich, daß alle Delegierten sich nach Brüssel begeben und das getroffene Abkommen unterzeichnet wird. Natürlich wird die große Konferenz nur aufgenommen, wenn die Vorbereitungen der drei Ministerpräsidenten Erfolg haben.

## Die Reparationsvorschläge und die Industrie.

**Berlin, 11. Dezember.** Zur Ablehnung des deutschen Reparationsvorschlages in London schreibt die „D. N. Z.“ an der Spitze des Blattes: Zu mehrfachen Angebot ist die Industrie nicht befragt worden. Sie ist um nichts gebeten, sie ist auch nicht informiert worden. Wir halten den nach London gerichteten Vorschlag des Kabinetts für nicht angemessen und wirtschaftlich nicht für tragbar, weil er keine Erleichterung bringt. Wäre er von der Gegenseite angenommen, so würden die wirtschaftlichen Kreise, auch die Industrie, benachteiligt haben. Mittel und Wege zu finden, um aus den kommenden Verhandlungen das unerlässlich notwendige Defizitnummern herauszuarbeiten. Dafür hätte die Mitwirkung auch der Industrie zweifellos zur Verfügung gestanden.

## Amerikanische Hoffnungen.

**Paris, 11. Dezember.** (Eig. Drahtmeldung.) Der Korrespondent des „Paris Journal“ berichtet von einer Unterredung mit einer hochgestellten amerikanischen Persönlichkeit, die u. a. sagte: Wenn eine Einigung zwischen den Alliierten über Frieden in Europa garantiert sollte und wenn andererseits die zur Herbeiführung einer Verständigung mit Deutschland von letzterem gewünschte Anleihe von zwei oder drei Milliarden Goldmark noch fehlt, so würde Amerika nicht lange zögern, diesen Betrag zu liefern.

## Englisch-französische Einigung.

**Amst. 12. Dezember.** (Eig. Drahtmeldung.) In diesem diplomatischen Kreise wird allgemein die englisch-französische Einigung in der Konferenz in Boulogne bereits vollständige Lebendigkeit der englischen und französischen Auffassungen sowohl in der Frage der Meerengen als auch über die wirtschaftlichen Interessen Englands im nahen Osten erzielt hätten. Der italienische Ministerpräsident Mussolini habe vor seiner Abreise nach London in diesem Sinne aus Rom telegraphisch nach London und die Auffassung bezogen, daß nach der Genehmigung der alliierten Einigung zwischen der Türkei und England alle in der Meerengenfrage auf der Konferenz der Alliierten noch verbleibenden Schwierigkeiten als italienische Manöver zu betrachten seien.

## Ueberbreitung deutschen Besizes.

Das Gesetz über den Verkehr mit Grundbesitz.

Gegen die drohende Ueberbreitung deutschen Grundbesitzes, die bereits 12 v. h. ausmacht, hat die Staatsregierung nunmehr ein Gesetz über den Verkehr mit Grundbesitz ausgearbeitet und dem Staatsrat vorgelegt, durch welches die Reichsminister aller Reichsgebiete, die die Veräußerung eines Grundbesitzes mit Gegenleistung haben, von der Genehmigung abhängig gemacht wird. Das Gesetz sieht die Genehmigung der Reichsgebiete durch die Gemeindeglieder, in Landkreisen durch den Landrat, vor. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß die Genehmigung in gleicher Weise erforderlich ist für Veräußerung, die zwischen Ausländern geschieht, wenn die Genehmigungspflicht wird durch das Gesetz in gewissen Fällen auch ein Verkaufsrecht festgesetzt zwischen der Gemeinde, in der das Grundbesitz belegen ist.

## Das neue Heim des Reichswirtschaftsrats.

**Berlin, 11. Dezember.** (Eig. Drahtmeldung.) Das Präsidium des Reichswirtschaftsrats hat heute die Vertreter der Berliner Presse zu einer Besichtigung des neuen Dienstgebäudes in der Belisariusstraße eingeladen. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, Erz. Ober von Braun, schilderte der Vertreter der Reichsverwaltung in einzelnen den Aufbau des früheren Wilhelmshofens zum jetzigen Dienstgebäude des Reichswirtschaftsrats. An dem Sonntag folgte eine Besichtigung der einzelnen Räume an. Morgens mittags 12 Uhr findet im Rahmen einer Vollziehung die Eröffnungsfest der neuen Dienstgebäude statt. Zu dieser Sitzung haben vier Erweisein eingeladen. In seinem Namen, der Reichsanstalt, verschiedene Reichs- und preussische Minister, die Präsidenten des Reichstages, des preussischen Landtages, des Staatsrates sowie eine große Anzahl der in Berlin ansässigen Vertreter der ausserparlamentarischen Bewegung.

**Berlin, 12. Dezember.** (Eig. Drahtmeldung.) In seinem Dienstgebäude in der Belisariusstraße trat heute mittags der vorläufige Reichswirtschaftsratsrat zu einer Vollerversammlung zusammen. Da es die erste Vollziehung in den neuen Räumen war, und die offizielle Uebergabe des Dienstgebäudes durch den Reichswirtschaftsratsminister erfolgen sollte, fand die Sitzung in besonders feierlichem Rahmen statt. An den Regierungsgaststätten hatten Reichspräsident Ebert, Reichsminister Cuno, Reichswirtschaftsminister Dr. Beder, zahlreiche Minister des Reiches und der Länder, sowie Vertreter der Berliner Parlamente usw. Platz genommen. Der Vorsitzende des Reichswirtschaftsratsrat, Erz. v. Braun eröffnete die Sitzung mit einer Rede, über die wir morgen berichten.

## Die Krisis in London.

Neue Verhandlungen am 2. Januar in Paris.

Ueber die Hoffnungen, mit denen man der Londoner Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten mehr noch als allen bisherigen internationalen Besprechungen über politische und wirtschaftliche Fragen entgegengehehen hat, ist der erste letzte Dezemberbericht hinweggebraut, und es ist kein Wunder, wenn das Parlament auf einen tiefen Stand gesunken ist. Nicht so sehr der Umfang, daß auch diese Konferenz mit Gegenüberstellungen begonnen hat, ist daran schuld, sondern die Gefahr der sofortigen getrennten Begegnung, die Verwirrung, mit der auf ihnen beharrt wird und die außerordentliches Geschäft, die in ihnen für den Fortbestand der Konferenz und für das Schicksal Deutschlands liegt. Mit Genugtuung hörte man bereits am Sonnabend, daß die deutsche Regierung schon in London attio in den Gang der Dinge eingreifen würde. Das ist nicht in Form einer offiziellen Note geschehen, sondern, wie hier bereits angedeutet wurde, inoffiziell durch ein Schreiben des Reichsanstalters Dr. Cuno an den englischen Premierminister Bonar Law, das der Reichsministerpräsidenten H. v. S. in London überbracht hat, und zu dessen ergiebiger Erläuterung neben dem Ueberbringer auch der als Unterhändler besonders befähigte frühere Staatssekretär Dr. Bergmann sich in London zur Verfügung hält. Ueber die Wirkung dieses deutschen Schrittes ist bisher allerdings nur negatives festzustellen. Daß der französische Ministerpräsident keinen abweichenden Standpunkt mit aller Schärfe vertreten werde, man zu erwarten, daß er dabei noch weiterhin in der Zustimmung seiner Kollegen rechnen konnte, blieb zum mindesten zweifelhaft, und selbst heute möchte man nicht die letzte Hoffnung aufgeben, daß doch noch ein Kompromiß gefunden werden könnte.

Diese Ablehnung des von Deutschland Gebotenen ist daher nicht die kritische Spitze, an der die auf London gestellten Hoffnungen zu scheitern drohen. Die erste Gefahr für den Fortgang der Konferenz und damit für Deutschland liegt vielmehr in den Forderungen, mit denen Frankreich zur Überlegenheit und peinlich in Ueberzählung seiner Alliierten plötzlich in London herorgetreten ist. Mit einer Garantieforderung Poincarés für das Zugeländnis eines Moratoriums an Deutschland hatte man bereits weiteres getrieben, und die Verbindungen wären zweifellos bereit gewesen, Frankreich die Berechtigung zur Forderung einer militärisch gestützten Sicherheit theoretisch zugunsten für den Fall, daß Deutschland den neu zu formulierenden Bedingungen gegenüber in Bezug dieser Punkte. Günstig unerwartet hat nun aber der französische Ministerpräsident als Vorbereitung keines Einmüßigen in ein Moratorium und eine Anleihe die sofortige Belegung eines Teiles des Ruhrgebietes mit Sold und Essen verlangt, und die Konferenz mußte unterbrochen werden, da dieses Verlangen auf den entscheidendsten Widerstand Englands und auch auf den Widerstand Belgiens und Italiens stieß. Von den internen Beratungen des englischen Kabinetts und von den Institutionen der belgischen und italienischen Konferenzteilnehmer wird der Fortgang der Londoner Besprechungen abhängen. Auch im Interesse Deutschlands ist dringend zu wünschen, daß eine Weiterführung der Konferenz ermöglicht wird, weil man bei ihrem Abbruch, der einem Bruch der Entente verzeihlich nahe kommen würde, sofort mit einer selbständigen Aktion Frankreichs zu rechnen hätte. Was sich Poincaré allerdings von militärischen Zwangsmaßnahmen versprechen mag, darüber wird wohl auch er eine befriedigende Antwort schuldig bleiben. Gerade angesichts des Inhaltes des deutschen Angebotes muß man meinen, daß Frankreich in den Absichten und der Bereitschaft des Kabinetts Cuno den Weg zu einer möglichen und verprechenden Einigung sehen könnte. Der Versuch, durch eine Verbindung von innerer und äußerer Anleihe den Betrag von Milliarden zu beschaffen, der zu einem kleineren Teil für die Stabilisierung der Mark, in der Hauptlage aber für Reparationszwecke verwendet werden soll, scheint durchaus gangbar. Der französische Imperialismus aber ist offenbar mit Geld nicht mehr zufrieden zu stellen, er will militärische Erfolge und glaubt, den „jeglichen“ Einzug in Essen und Bodum nötig zu haben, um seinen Kredit beim französischen Volke noch einmal zu stärken.

In diesem Festreden vertrat er sich um mehr, als er erkennen muß, daß die Hoffnungen, die man in Frankreich auf das Italien Mussolinis gesetzt hat, schwer enttäuscht werden, wenigstens so weit es sich um eine Politik des Gütels und der Rajonette handelt. Der Nationalismus des neuen italienischen Ministerpräsidenten scheint eben doch von einer anderen Richtung zu sein, als der militärische Imperialismus, auf den sich die Herrschaft Poincarés stützt. Je klarer sich dieses aber zeigt, um so höher klammert er sich an die letzten Mittel, die er für die Aufrechterhaltung seiner Machtstellung noch findet. Für Deutschland ist die Krisis der Londoner Konferenz außerordentlich bezeichnend. Sie verleiht jeglichem Optimismus, der je auch schon vor Beginn der Londoner Konferenz unangebracht war, und die gibt sorgsamsten Besichtigungen weitehen Raum. In dieser ersten Lage sollte es darum mehr als sonst für alle politischen Kreise des deutschen Volkes ein selbstverständliches Gebot sein, die Regierung zu kritisieren, die es unternommen hat,

